



LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE

ZUSCHRIFT
10/ 652

1
**WALDBAUERNVERBAND
NORDRHEIN-WESTFALEN e.V.**

WBV NRW e.V., SCHLOSS-STRASSE 21, 5208 EITORF

SCHLOSS-STRASSE 21
5208 EITORF-MERTEN
RHEIN-SIEG-KREIS
TELEFON 02243/7965

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Land-
wirtschaft, Forsten und Naturschutz
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Wilhelm Lieven, MdL
Haus des Landtags
4000 Düsseldorf

BANKKONTO:
HANDELS- UND PRIVATBANK A.G.
NIEDERLASSUNG MÜNSTER 20320
(BLZ 400 102 22)
POSTSCHECKKONTO:
DORTMUND 111 883-467
(BLZ 440 100 46)

IHR ZEICHEN

IHRE NACHRICHT VOM

UNSER ZEICHEN

DATUM

Kö/S W.1.11.6

21. November 1986

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Der Vorsitzende des Waldbauernverbandes Nordrhein-Westfalen, Alexander Freiherr von Elverfeldt, ist zur Zeit verreist. Wir wenden uns heute in seinem Auftrag an Sie.

Die SPD-Fraktion hat mit Drucksache Nr. 10/1465 einen Entwurf zur Änderung des Landschaftsgesetzes vorgelegt. Damit soll die Anlage von Baumschulen, Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen als Eingriff im Sinne des Landschaftsgesetzes gewertet werden. Die Landschaftsbehörden sollen als Genehmigungsinstanzen über die Anlage solcher Kulturen entscheiden. Wir müssen befürchten, daß damit die Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigproduktion erheblich eingeschränkt wird. Dieses wäre für Land- und Forstwirte, die zum Beispiel nach alternativen Landnutzungsformen suchen, sehr bedauerlich.

Der Vorsitzende des Waldbauernverbandes Nordrhein-Westfalen hat mit Schreiben vom 14. November 1986 den Sprecher des Arbeitskreises Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz der SPD-Fraktion, Herrn Abgeordneten Gorlas, gebeten, von dieser Initiative Abstand zu nehmen. Wir erlauben uns, Ihnen Kopie dieses Briefes zu schicken.

Wir dürfen Sie, sehr geehrter Herr Abgeordneter, höflichst bitten, daß Ihre zu tun, diese land- und forstwirtefeindliche Maßnahme zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen


(von Köckritz)

Der Vorsitzende

An den Sprecher
des Arbeitskreises Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz der
SPD-Fraktion
Herrn Johannes Gorlas, Mdl.
Haus des Landtags
4000 Düsseldorf

14. November 1986

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Durch die Presse erfahre ich nun, daß die SPD-Fraktion beabsichtigt, die Anlage von Baumschulen sowie Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen als Eingriff in Natur und Landschaft zu behandeln. Sie wollen in einer Novellierung des Landschaftsgesetzes NW für die Anlage von Baumschulen eine Genehmigungspflicht einführen und außerdem die Genehmigungspflicht für Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen erweitern. Beides soll in die Zuständigkeit der Landschaftsbehörden fallen.

Zuvor möchte ich Ihnen sagen, daß ich sehr verwundert bin über diese Entscheidung Ihrer Fraktion, die so ganz ohne vorherige Fühlungnahme zu den betroffenen Verbänden getroffen wurde. Ich meine, daß unsere bisherige gute Zusammenarbeit einen früheren Gedankenaustausch über diese Frage hätte angezeigt sein lassen.

Als ich kürzlich die ersten Gerüchte über Ihre Pläne hörte, hatte ich Sie dringend gebeten, die Genehmigungsregelung für Weihnachtsbäume und Schmuckreisigkulturen im Forstrecht zu belassen. Ich halte es für agrar- und forstpolitisch falsch, den Land- und Forstwirten die Möglichkeiten zu alternativen Landnutzungsformen so drastisch zu beschneiden. Ihre Ankündigungen haben bei den Land- und Forstwirten in den betroffenen Gebieten schon starken Unmut hervorgerufen. Ich kann das sehr gut verstehen.

In meinem Brief signalisierte ich Verständnis, daß Sie die bisher genehmigungsfreien Baumschulbetriebe einer Genehmigungsregelung unterziehen wollen. Dabei hätte ich jedoch nie daran gedacht, daß Sie die Baumschulen als Eingriffe in Natur und Landschaft einstufen würden mit der Konsequenz, daß solche Maßnahmen gegebenenfalls ausgleichspflichtig werden. Diese negativistische Betrachtungsweise der alternativen Landnutzungsform Baumschule halte ich auch im Hinblick auf deren tatsächliche Prägung der Landschaft für unangemessen.

Sie haben die Gesetzesinitiative eilbedürftig gemacht. Ich teile nicht Ihre Befürchtung, daß sich sonst "die Zustände in den Mittelgebirgen unseres Landes dramatisch verschlechtern". Ich bitte Sie sehr herzlich, den betroffenen Verbänden vor Verabschiedung der Gesetzesnovelle Gelegenheit zu geben, Ihnen ihre Vorstellungen vorzutragen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. von Elverfeldt

(Alexander Freiherr von Elverfeldt)